

---

## Stellungnahme per E-Mail

---

**Von:** HERBURGER Jakob <jakob.herburger@europarl.europa.eu>  
**Datum:** 27.07.2020 | 12:34 Uhr  
**Betreff:** RE: Lebensrealität in den Grenzregionen, Schutz der Biodiversität, UN-Nachhaltigkeitsziele | Resolutionen des Oberrheinrats vom 29.06.20

---

Sehr geehrter Herr Präsident Frey, Grüß Gott Herr Kleinert,

Vielen herzlichen Dank für die Zusendung des Schreibens und der drei Resolutionen. Sehr gerne erläutern wir Ihnen als EU-Abgeordnete der Alternative für Deutschland aus Baden-Württemberg unsere Standpunkte:

Die AfD steht für einen Umwelt- und Naturschutz, der den Menschen nicht als Fremdkörper und Störenfried betrachtet, sondern in ein umfassendes Handlungskonzept einbezieht. Wir lassen uns dabei von der Erkenntnis leiten, dass eine gesunde und artenreiche Umwelt die Lebensgrundlage für alle Menschen und zukünftige Generationen darstellt. Daher sind Vorkehrungen zu treffen, die Schutzgüter, wie Boden, Wasser, Luft, Landschaft, Tiere und Pflanzen, zu schützen. Schwerpunkte der Umweltpolitik der AfD sind deshalb u.a., den Landschaftsverbrauch zu vermindern, die Schadstoffeinträge in Böden und Gewässer zu verringern und die Luftqualität zu verbessern. Auch ein effektiver Lärmschutz gehört dazu. Die AfD spricht sich, bis zur fundiert nachgewiesenen Unschädlichkeit für Mensch und Tier, ausdrücklich gegen den Einsatz des von der WHO als wahrscheinlich krebserzeugend eingestuften Glyphosat beim Pflanzenschutz aus.

Speziell die in Ihren Resolutionen beschriebenen Projekte bezüglich Natur- und Umweltschutz finden unsere volle Unterstützung. Denn Natur- und Umweltschutz ist gleichbedeutend mit dem Schutz unserer Heimat und Lebensgrundlagen – auch für zukünftige Generationen.

### **Resolution: „Maßnahmen gegen den Biodiversitätsverlust grenzüberschreitend weiterdenken“**

Nicht ganz erschließt sich uns, weshalb *„Veränderungen im Klima auch eine Verstärkung des Biodiversitätsverlustes verursachen“*. Wenn davon ausgegangen wird, dass das sogenannte Klima tendenziell wärmer wird, erwarten wir eher eine Zunahme der Biodiversität – speziell im Bereich von Flussläufen. Ein Blick in wärmere Weltgegenden mit entsprechendem Niederschlag führt uns dies vor Augen.

In Punkt 8 erwähnen Sie *„die Notwendigkeit einer Verstärkung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit für den Biodiversitätserhalt“*. Wir denken nicht, dass Staatsgrenzen zwingend der Biodiversität abträglich sind. Sie können sogar Biodiversität schützen und erhalten. Beispiele dafür sind die Grenze zwischen Haiti und der Dominikanischen Republik oder näher gedacht: Der grüne Gürtel entlang des ehemaligen Eisernen Vorhanges. Auch Israel führt beispielsweise mit der Wiederbegrünung der Wüste Pionierarbeit durch und wird sich so in Zukunft auch in diesem Bereich noch weiter von seinen Nachbarstaaten absetzen.

Wir unterstützen Ihr Anliegen, den Flächenverbrauch bei Straßen-, Industrie- und Gebäudeinfrastruktur zu reduzieren. Allerdings müsste das Problem unserer Einschätzung nach durch

bestehende Verwaltungseinheiten und Gebietskörperschaften gelöst werden, beispielsweise durch den Landtag von Baden-Württemberg und durch die Städte und Gemeinden. Lösungsansätze könnten Revitalisierung alter Gebäude, Auflagen und Förderungen für Tiefgaragen statt großer Parkplätze und Änderung der Bauordnung in Richtung höherer Gebäude sein.

*„Damit die Biodiversität erhalten bleibt, muss auch ein vielfältiges Landschaftsmosaik erhalten bzw. geschaffen werden; dies unabhängig davon, ob nationale Grenzen durch Lebensräume verlaufen“* schreiben Sie in Punkt 9. Wir sind der Meinung, dass nationale Grenzen das Landschaftsmosaik bunter und Lebensräume aufgrund unterschiedlicher Nutzung vervielfältigen können.

Wir befinden Ihren Fokus auf den Tierschutz als sehr wichtig. Speziell durch den Ausbau der Windkraft fallen diese wichtigen Lebewesen leider in schierer Zahl dem Windräder-Wildwuchs zum Opfer. Wussten Sie, dass von den 8760 Stunden, die ein Jahr hat, ein On-Shore-Windrad in Deutschland im Durchschnitt nur ungefähr 2000 Stunden unter Vollast Elektrizität produziert?

### **Resolution: „Berücksichtigung der Lebenswirklichkeiten in den Grenzregionen im Falle von Einschränkungen beim Grenzübertritt“**

Gesundheits- und Bevölkerungsschutz muss für jedes Staatswesen hohe Priorität haben. Für diesen Fall ist es unserer Überzeugung nach wichtig, Grenzen für eine bestimmte Zeit schließen zu können.

Punkt 7: Nationalstaatsgrenzen überschreitende „Projekte“, „Räte“ und „Regionen“ unterliegen der Versuchung, sich nach und nach mehr Kompetenzen anzueignen. Ein klassisches Beispiel dafür sind Ihre Forderungen *„Rechtsgrundlagen raschestmöglich so anzupassen, dass den Grenzregionen innerhalb des Schengenraums für künftige Einschränkungen, Lockerungen und Anpassungen der Grenzübertrittsbestimmungen genügend Kompetenzen eingeräumt werden, um die Modalitäten und Einzelheiten unter Berücksichtigung der spezifischen Gegebenheiten und Bedürfnissen der jeweiligen Grenzregion formell beeinflussen, mitbestimmen oder in alleiniger Kompetenz erlassen zu können.“* Wir halten das für eine völlig überzogene Anmaßung, die womöglich weit über Ihr klar definiertes Zuständigkeitsfeld hinausgeht. Grundsätzlich sind wir eifrige Verfechter des Subsidiaritätsprinzips, legen jedoch die Schaffung weiterer Parallelstrukturen, Doppel- und Dreifachzuständigkeiten klar ab. Die AfD will die Interessen der Steuerzahler bei jeder Entscheidung klar im Auge behalten. Souveränitätsähnliche Rechte für den Oberrheinrat lehnen wir ab.

Nationalstaatliche Grenzen sowie kommunale Verantwortlichkeiten haben zur Verminderung und Abschwächung aktueller und vergangener Pandemien eine große Rolle gespielt.

### **Umsetzung der UN-Nachhaltigkeitskriterien am Oberrhein**

Ihre prominente Erwähnung der Brundtland-Kommission in Punkt 1, die früher als *„Weltkommission für Umwelt und Entwicklung“ (WCED)* bekannt war, behagt uns nicht. Generell fühlen wir uns durch globalistische Organisationen kaum vertreten und sehen deren politische Stoßrichtung oft kritisch. Weshalb orientieren Sie sich beim Formulieren Ihrer Nachhaltigkeitskriterien an den UN-Sustainable Development Goals? Können für den Oberrhein nicht eigene, lokal angepasste und deshalb bessere Nachhaltigkeitskriterien festgelegt werden? Der Duktus *„wesentlicher Teil der UN-Agenda 2030 [...] stellen [...] ein weitreichendes und universelles Instrument dar, um auf allen Ebenen [!] einen Transformationsprozess hin zu einer Entwicklung, die den Menschen und den Planeten in den Mittelpunkt stellt, bis 2030 zu erreichen“* dünkt uns bevormundend. Immerhin deutet die Passage *„die*

*den Menschen und den Planeten in den Mittelpunkt stellt“* auf eine tendenziell angestrebte Balance zwischen „Menschen“ und „Planet“ hin. Ist diese Balance beispielsweise beim derzeitigen Strompreis für Endverbraucher in Deutschland gegeben? Wie „grün“ ist Windenergie und E-Mobilität wirklich? Macht es wirklich Sinn, existierende, sichere und funktionierende Atomkraftwerke in populistischer Weise vom Netz zu nehmen, um danach Atomstrom aus alten belgischen, französischen oder nicht so sicheren tschechischen AKWs Elektrizität zu importieren? Wussten Sie, dass in Polen der Neubau von Kohlekraftwerken groß thematisiert wird? Wir denken, dass diese Debatte in Polen mit dem Ausstieg Deutschlands aus der Kohlekraft an Dynamik gewinnen wird.

Als generell problematisch erachten wir auch von der EU geförderte Bestrebungen, mithilfe sogenannter „Räte“, „Regionen“ und „Euregios“ nationalstaatliche, kulturelle Grenzen langfristig verschwinden zu lassen. Natürlich lässt sich in Ihrem konkreten Fall mit der bewegten Geschichte des Elsasses argumentieren. Allerdings dürfte das Elsass (ungefähr 1,9 Millionen Einwohner) innerhalb der Region Grand-Est (ungefähr 5,6 Millionen Einwohner) geringeres Gewicht haben.

Uns für die Veröffentlichung dieser Stellungnahme im Voraus herzlich bedankend und auf weitere ergebnisreiche Diskussionen mit Ihnen freudig verbleiben mit freundlichen Grüßen,

Prof. Dr. Jörg Meuthen, Lars Patrick Berg, Joachim Kuhs